

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/56

21. März 1975

Nur Obstruktion und Polemik

-----  
Die Union auch in der Berufsbildung auf Strauß-Kurs

Von Helmut Rohde MdB  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Klarer Verstoß gegen das Grundgesetz

-----  
CSU-Landesminister Heubl kollidiert mit dem Bundesverfassungsgericht

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 3a / 46 Zeilen

Loccum oder Sonthofen ?

-----  
Zur Bundestagsrede von Freiherr Dr. Richard von Weizsäcker

Von Heinz Rapp MdB  
Mitglied der Kommission Grundwerte beim SPD-Vorstand

Seite 4 bis 7 / 195 Zeilen

Angst vor der Entwicklungspolitik

-----  
Alternativlose Opposition scheute die Auseinandersetzung im Parlament

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 8 und 9 / 74 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 80 37 - 38  
Telex: 08 88 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

Nur Obstruktion und Polemik

Die Union auch in der Berufsbildung auf Strauß-Kurs

Von Helmut Rohde MdB

Bundeminister für Bildung und Wissenschaft

Was CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf noch im vergangenen Jahr als Schwerpunkt der Gesellschaftspolitik bezeichnet hat, gerät seiner Partei immer mehr zum Klotz am Bein: die Reform der beruflichen Bildung. Die CDU/CSU-Parteien haben geglaubt, daß es in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu einer Gesetzesvorlage kommen und sie somit ein freies Feld vor sich haben würden, das sie mit wohlfeiler Agitation bestellen könnten. Mit dieser Erwartung sind sie in den Graben gefahren. Die sozial-liberale Koalition hat mit einem Entwurf zur beruflichen Bildung den Weg für ein Gesetzungsverfahren eröffnet. Sie ist gleichsam am Zuge und hat die Unionsparteien in Zugzwang gebracht. Die Union hat offensichtlich unsere Zähigkeit bei der Bewältigung schwieriger Gesetzeswerke unterschätzt.

Mit dem Zugzwang, unter den sie angesichts des Handelns der sozial-liberalen Koalition gesetzt worden ist, gerät die CDU/CSU in offensichtliche und öffentlich gewordene Schwierigkeiten. Das zeigte sich vor allem auf dem Saarbrücker Berufsbildungskongreß der CDU, der in der Planung des Generalsekretärs Biedenkopf zur größten Fechttagung vor den nordrhein-westfälischen Wahlen werden sollte: Ein Höhepunkt sollte es werden, ein politischer Reinfall ist es geworden.

Dies ist keine überzogene Formulierung. Die CDU hat sich in Saarbrücken noch nicht einmal auf eine allgemeine Resolution, geschweige denn auf konkrete Grundzüge für ein Reformkonzept der Berufsbildung einigen können. Kammerbedienstete und Sozialausschußvertreter, Unternehmer und Arbeitnehmer gerieten in Streit. Weder in der Absicherung des Ausbildungsplatzangebots noch in der Finanzierungsfrage, weder bei der Organisation noch in den Ausbildungsinhalten konnte man sich einigen. Der rheinland-pfälzische Kultusminister Dr. Bernhard Vogel empfahl das "Nachdenken" bis 1976. Wenn er auch jetzt den fatalen Eindruck seines Verzögerungskonzepts durch nachkartende Erklärungen verwischen will - die in Saarbrücken anwesenden Journalisten haben das alles gehört und darüber berichtet. Es war dies ein Kongreß der fachlichen und politischen Kapitulation in der Berufsbildung.

Nur in einem war man sich einig in Saarbrücken: Im Nein gegenüber den Anstrengungen und Vorschlägen der Bundesregierung. Seit Wochen wird mit ab-

strusen Vorwürfen operiert. Daß die Bundesregierung aber die Absicht hat, in Zukunft mehr Zusammenarbeit der Beteiligten auf dem Gebiet der beruflichen Bildung zu ermöglichen, daß sie das Ausbildungsplatzangebot sicherer machen will, mehr Vorsorge für die Zukunft und eine positive Entwicklung der Ausbildungsinhalte ermöglichen will, schließlich auch eine bessere Abstimmung der Ausbildung in Schule und Betrieb anstrebt, - das alles wird mit Arroganz und einem Schwall von Verdächtigungen beiseite gefegt. Die zur Schau getragene Besserwisserei und Überhablichkeit, die durch keine eigenen Vorschläge fundiert sind, wird die Unions-Parteien in der politischen Auseinandersetzung noch teuer zu stehen kommen.

Jeder weiß, daß die Reform der beruflichen Bildung kein politischer Spaziergang ist. Dazu sind die Probleme zu groß und die Auffassungen der an der beruflichen Bildung Beteiligten zu kontrovers. Das haben schließlich auch die Sachverständigenanhörungen zum Referentenentwurf deutlich gemacht. Sie haben klar gezeigt, welche Mängel es im beruflichen Bildungssystem, im Beziehungsfeld zwischen Betrieb und Berufsschule gibt. Über die Art und Weise, wie diese Mängel überwunden werden können, gibt es zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, Lehrerorganisationen und anderen unterschiedliche Auffassungen. Die CDU/CSU-Parteien registrieren das hämisch. Wer könnte aber angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen der gesellschaftlichen Gruppen glauben, daß Sachverständigenanhörungen mit allen Beteiligten in unkritischer Einstimmigkeit verlaufen würden. Wo kämen wir hin, wenn der Staat aufhören würde, seine Bemühungen um bildungspolitischen und sozialen Fortschritt darum einzustellen, weil es über die Art und Weise seiner Verwirklichung unter den gesellschaftlichen Gruppen unterschiedliche Auffassungen gibt. Der Staat muß seine gestaltende, ordnungspolitische und ausgleichende Funktion wahrnehmen - alles andere wäre politischer Opportunismus und Kapitulation in der Sache.

Die berufliche Bildung soll nicht in der Kontroverse stecken bleiben. Die sozial-liberale Koalition hat sich in der Regierungsankündigung verpflichtet, sich für Fortschritt auf diesem Gebiet zu engagieren. Sie kann sich dabei der Unterstützung des Überwiegenden Teils der Bevölkerung in der Bundesrepublik sicher sein. Die Haltung der Jugendlichen, die öffentliche Diskussion und auch die Meinungsumfragen dokumentieren das. Wenn die CDU/CSU weiterhin nur mit Kreftausdrücken und Verdächtigungen - im Sonthofener Stil von Franz-Josef Strauß - auf die Reformbemühungen einschlägt, wird das auf diesem Feld ein politisches Verhängnis für sie werden. (-/21.3.1975/ks/pr)

+ + +

Klarer Verstoß gegen das Grundgesetz

CSU-Landesminister Heubl kollidiert mit dem Bundesverfassungsgericht

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Überraschung entnimmt man einer Agentur-Meldung, daß der bayerische CSU-Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Dr. Franz Heubl, gefordert hat, alle Bundesgesetze müßten der Zustimmung des Bundesrates unterworfen werden. Auch Dr. Heubl müßte eigentlich wissen, daß diese in früheren Jahren gelegentlich geforderte Umgestaltung inzwischen vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich als unzulässig gekennzeichnet worden ist (Beschluß vom 25. Juni 1974 - 2 BvF 2 und 3/73 -). Es heißt dort wörtlich: "Nach Art. 77 Abs. 1 GG werden die Bundesgesetze vom Bundestag beschlossen. Der Bundesrat wirkt bei der Gesetzgebung lediglich mit... Dabei ist wesentlich, daß das Erfordernis der Zustimmung zu einem Gesetz nach dem Grundgesetz die Ausnahme ist."

Die Rechtslage ist klar: Der Bundestag als unmittelbar von der ganzen Bevölkerung gewähltes Parlament hat in erster Linie die Legitimation zum Erlaß der Gesetze. Der Bundesrat, dessen Mitglieder die Länder der Bundesrepublik Deutschland als solche - vertreten durch Mitglieder ihrer Regierungen - sind, ist kein Parlament auch "keine zweite Kammer eines einheitlichen Gesetzgebungsorgans", wie das Bundesverfassungsgericht wörtlich feststellt. Deshalb bedürfen Bundesgesetze der Zustimmung des Bundesrates nur in besonderen, vom Grundgesetz eigene aufgeführten Fällen; wenn der Interessenbereich der Länder besonders stark berührt wird - wenn es also etwa um die Verwaltungsorganisation der Länder oder um ihre finanzielle Ausstattung geht -, dann und nur dann fordert das Grundgesetz die Zustimmung des Bundesrates.

Deshalb wendet sich das Bundesverfassungsgericht gegen eine weitere

Ausweitung des Zustimmungserchte des Bundesrates: "Die Zahl der Zustimmungsgesetze würde sich erheblich vermehren. Dies aber widersprüche der Gesamtkonzeption des Grundgesetzes." Dr. Heubl möchte aber nicht nur eine Ausweitung, sondern sogar ein totales Zustimmungsercht für alle Gesetze; nach den klaren Sätzen des Bundesverfassungsgerichts erscheint dies umso merkwürdiger. Gleubt Dr. Heubl, sich über den Spruch des Verfassungsgerichts einfach hinwegsetzen zu können - oder folgt er mit seiner Forderung nur einer liebgeordneten alten Gewohnheit?

Vollends bedenklich ist es aber, daß der CSU-Landesminister Dr. Heubl seinen Wunsch als eine "klare Lösung für den Föderalismus" bezeichnet haben soll. Der Bundesrat ist ja ein Organ, das von Regierungs-Vertretern gebildet wird; seine weitere Stärkung würde die Parlamente der Länder weiter schwächen und damit dem Föderalismus, also der relativen politischen Autonomie der Länder, schaden. In die gleiche Richtung geht der weitere Vorschlag Dr. Heubls, eine Zustimmung von zwei Dritteln der deutschen Landtage zu bestimmten Grundgesetzänderungen vorzusehen; daß ein Landesparlament von anderen überstimmt werden kann, sieht unsere Verfassungsordnung nicht vor. Damit wäre die Selbatändigkeit jedes einzelnen Landes vollends zur Disposition gestellt.

Der CSU-Politiker Dr. Franz Heubl möge also der deutschen Öffentlichkeit klar sagen, ob er den Föderalismus des Grundgesetzes oder eine Art "Bund der Unions-regierten Länder" haben will. (-/21.3.1975/ks/pr)

+ + +

Loccum oder Sonthofen?  
-----

Zur Bundestagsrede von Freiherr Dr. Richard von Weizsäcker

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied der Kommission Grundwerte beim SPD-Vorstand

1. Doppelstrategie - oder Dialog?

Die Gedanken sind frei, sie sollten noch freier sein, sie sollten auch zwischen den Parteien freier sein. Daß der Abgeordnete der CDU Dr. Freiherr von Weizsäcker im Bundestag zur SPD hin über Probleme unserer Zukunftssicherung spricht, um die die SPD seit langem - wenn auch häufig mit anderen Ergebnissen - ringt und für die seine eigene Partei kaum eine Antenne hat, wäre nicht nur nicht zu beklagen, wäre vielmehr gar in dem Sinne zu begrüßen, in dem man die berühmte erste Schwalbe begrüßt (die freilich noch keinen Sommer macht) - wenn sich das Dialog-Angebot des Herrn von Weizsäcker nur nicht wie die Schauseite einer Doppelstrategie ausnehmen würde, für deren Hinterzimmerseite Herr Strauß zuständig ist! Herrn von Weizsäcker mag es um Aufklärung gehen - darf er sich dann aber vor jene Gegen-aufklärer stellen, die der wabernden Walhalla-Kulisse wohligen genossener Weltuntergänge bedürfen, um sich geistig in Szene setzen zu können? Die Sozialdemokraten warten darauf, daß sich "die Weizsäcker" der CDU/CSU herauslösen und absetzen vom Ruch jener reaktionären Dialektik, die das Chaos ins Kalkül zieht, damit das Ganz-Andere möglich wird; warten darauf, damit der Dialog beginnen kann. Immerhin enthielt die Politik der CDU/CSU der letzten Jahre (wohlwollend beurteilt) nicht weniger Elemente Straußscher als Weizsäckerscher Regie und Strategie.

2. Polarisierung

Niemals zuvor ist im Deutschen Bundestag der Grundkonsens der Demokraten rücksichtsloser aufgekündigt worden als in der schrecklichen Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Dr. Carstens - wenige Stunden zuvor hatte Herr von Weizsäcker die zunehmende Polarisierung und Verhärtung des Freund-Feind-Denkens beklagt. Ist ihm wirklich entgangen, daß Herr Carstens seit nunmehr zwei Jahren im Deutschen Bundestag Reden hält, nach denen sich Sozialdemokraten, die das ernst nehmen wollten, allemal fragen müßten, ob sie sich nicht gleich freiwillig der Polizei stellen sollen? Was sich Herr Filbinger an Kriminalisierung des politischen Gegners leistet - Herrn von Weizsäcker sollte das entgangen sein? Und er sollte nie darüber reflektiert haben, ob nicht das de facto C-monopolistische Parteiverständnis der CDU/CSU geradezu darauf fixiert ist, politische Auseinandersetzungen zu Glaubenskämpfen umzufälschen - mit allen Attributen von Glaubenskämpfen? Eine Partei, die in dem, was ihre Identität stiftet, zum Manichäismus neigt, wird sich mit der demokratischen Bewältigung der Rolle der Opposition stets schwer tun.

### 3. "Krisenmanagement ohne Konzept und Ziel"?

Das Klischee vom "Krisenmanagement ohne Konzept und Ziel" scheint Herrn von Weizsäcker so lieb geworden zu sein, daß er sich bei seiner Rückfrage nach den tragenden Werten der Politik des Bundeskanzlers vom Hinweis auf Immanuel Kant nicht beeindrucken läßt. Es ist jedoch eines, jedwede politische Aussage aus dem Himmel der großen Grundsätze herunterzudeduzieren, und ein anderes, in der Tagespolitik den Grundsätzen vor Ort Geltung zu verschaffen. Kant hat in den Begriff des Pragmatismus die sittliche Pflicht hereingeholt, die Wohlfahrt der Menschen zu wirken und zu bewirken; der Begriff von Pragmatismus, auf den der Bundeskanzler sich beruft, markiert den Grat zwischen den Ideologien totaler und demgemäß totalitärer Utopien einerseits und ziellosem Machertum andererseits. Herr von Weizsäcker nennt das "Gesinnungsethik" - man kennt diesen Begriff eher aus der Weberischen Entgegensetzung zur Verantwortungsethik: wenn er damit aber gemeint haben sollte, die Kantische Ethik sei lediglich formal, so wäre er hier wohl im Irrtum. Keine ethische Position kommt ohne Wertentscheidungen aus: mag Herr von Weizsäcker, wenn er's durchaus in den Kategorien einer materialen Wertethik haben will, doch in Helmut Schmidts Hamburger Kirchenrede nachlesen, wie der kritische Realismus sozialdemokratischer Politik sich auch aus christlichen Wurzeln herleitet.

Er hätte es auch in der Begriffswelt jener Sozialdemokraten tun können, die wichtige Antriebskräfte politischen Handelns aus der Marxschen Analyse gewonnen haben: Der Begriff der Entfremdung trägt auch heute noch recht weit! Herr von Weizsäcker wird nicht zu jenen Leuten gezählt, von denen man annimmt, daß sie an dieser Stelle laut aufheulen werden. Wer als Physiker ernst genommen werden will, muß durch Newton hindurchgegangen sein und ihn freilich auch hinter sich gelassen haben. Wenn in der CDU/CSU Politiker möglich sind, denen es genügt, ihre "Marx-Kenntnis" aus konservativen Erbauungstraktätchen zu beziehen, so ist das kaum Herrn von Weizsäcker anzulasten.

#### 3.1 Pluralismus und Identität

Die Übereinstimmung demokratischer Sozialisten wurzelt nicht in einer einheitlichen religiösen, philosophischen oder wissenschaftlichen Anschauung, sondern in gleichen politischen Zielen, die auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten - Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität - beruhen. Diese Grundwerte werden von ethischen Sozialisten, Marxisten, Christen, Anhängern der deutschen Philosophie und anderen mehr in der SPD unterschiedlich begründet - die Herleitungen sind der Partei vorgegeben, sind der Mehrheitsentscheidung entzogen. Sozialdemokraten sehen darin die genuin demokratische, christliche Sozialdemokraten auch die genuin christliche Art, in einer pluralen Gesellschaft Menschen unterschiedlicher geistiger Orientierung zu einheitlichem politischem Handeln zusammenzuführen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums haben wir eine Partei, die ihre Identität im Hohen C gestiftet sieht und die natürlich täglich Schiffbruch erleidet, wenn sie meint, daraus ohne weiteres einheitliche politische Handlungsanweisung herleiten zu können. Die Konsequenzen aus unserer in sich unstimmgigen Parteienkonstellation für den Vollzug von Demokratie wurden oben geschildert.

### 3.2 Kritischer Realismus - Konservatismus

Anders als der Konservatismus sieht der kritische Realismus die v o r - gegebenen Ordnungen stets auch als a u f - gegebene Ordnungen: Humanität ist für ihn die Geschichte ihrer Verwirklichung und nicht die Statuierung einer Norm, die ohne Praxis bestehen kann. Kritischer Realismus bleibt sich der Interessengebundenheit politischen Argumentierens bewußt. Er hütet sich vor der den Konservativen eigenen Unterschätzung des Menschen und seiner Fähigkeit, um der Bewahrung der Werte willen Strukturen zu verändern (Eppler); er setzt sich freilich ebenso ab von der allen revolutionären Konzepten eigenen Überschätzung und Überhöhung des Menschen und seiner Möglichkeiten. Personalität kann in einer Politik dieses Verständnisses von Politik sich nur in Sozialität entfalten. Sozialdemokratische Politik hat nicht den als autark gedachten Einzelnen zum Adressaten; vielmehr bemüht sie sich um die Voraussetzung dafür, daß personales Leben sich als mitmenschliches Leben entfalten kann. Die Christen in der SPD - zum Beispiel - meinen das so, daß die geglaubte Gleichheit der Menschen vor Gott und die daraus gefolgerte Bruderschaft der Menschen keine Ungleichheit erträgt, die sich nicht ausweisen kann durch auf das Gemeinwohl bezogene Leistung.

Herr von Weizsäcker ist aufgefordert, sich darum zu kümmern, was da im Umkreis und Dunstkreis seiner Partei neuerdings wieder an sozialdarwinistischen Irrlehren herumgeistert.

### 4. Personale Verantwortung

Damit werden nicht die Fragen abgeschnitten, die Herr von Weizsäcker unter den Stichworten vom Ungleichgewicht zwischen Ansprüchen und Leistungen, zwischen Rechten und Pflichten in die Debatte einführte; auch müssen Besitzstände stets hinterfragt werden dürfen. Hier wird man sich vielleicht treffen können: Werden nicht in der Tat da und dort Grenzen der Gesetzgebung sichtbar, wo immer die Gesetze nicht rückgebunden sind in die personale Verantwortung der "Anspruchsberechtigten" hinein? Wenn Sozialpolitik jenen ein tiefgestaffeltes Angebot solidarischer Hilfen vorhalten muß, die dieser Hilfe bedürfen, so werden damit häufig genug auch Möglichkeiten des Mißbrauchs und der Verführung zur Sorglosigkeit eröffnet, die mit noch so viel Gesetzesperfektionismus nicht zu schließen sind. Es wäre in der Tat fatal, wenn dieser Herausforderung nur mit der Rücknahme der Angebote begegnet werden könnte - Herr von Weizsäcker ließ offen, ob er das will. Die richtige Antwort lautete doch wohl, daß es an der Zeit wäre, die in den Gesetzen der sozialen Sicherung manifeste kollektive Moral rückzuübersetzen auch in individuelle Ethik, in die Transzendenz der Eigeninteressen: Du sollst nicht mißbrauchen! Von "sinngewebenden Instanzen" war viel die Rede in der letzten Zeit - hier sind sie gefordert. Wer aber hat denn - um Herrn von Weizsäckers Beispiel aufzugreifen - den Rauchern den "Genuß ohne Reue" eingeredet, wer die Mentalität eingeschliffen, man könne mit seiner Gesundheit machen was man wolle: die Segnungen der Pharma-Industrie machten es möglich?



# FEHLANZEIGE

JAHRGANG

30

ZEITUNGSNUMMER

56

DATUM

21

03

75

SEITE

7



### Angeset vor der Entwicklungspolitik

---

Alternativlose Opposition schaute die Auseinandersetzung im Parlament

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Um die Entwicklungspolitik ist es in der diesjährigen Haushaltsdebatte still geblieben. So bedauerlich es ist, daß wieder einmal eine Chance verpaßt wurde, der deutschen Öffentlichkeit auseinanderzusetzen, für welchen Zweck und in wessen Interesse die Bundesregierung 1975 rund 3,2 Milliarden DM Entwicklungshilfeleistungen bereitstellt, so sehr war allen Eingeweihten im Vorhinein klar, daß die Opposition alles daran setzen würde, um einer Debatte über den Einzelplan 23 aus dem Wege zu gehen. Dazu war der Union jedes Mittel recht. Sie hat nicht nur ihren entwicklungspolitischen Sprecher sang- und klanglos aus dem Verkehr gezogen, sie hat auch durch die Vorabveröffentlichung ihrer sogenannten "Leitlinien" schon Wochen vor der parlamentarischen Auseinandersetzung das Handtuch geworfen. Zur erfolgreichen Politik Egon Bahre hat die Opposition keine Alternative.

In einer Nachlese zum Haushalt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit stehen Erfolgsmeldungen über weitere Steigerungen naturgemäß an erster Stelle. So werden die Entwicklungsländer im Vergleich zum Vorjahr 266 Millionen DM mehr erhalten. Der Etat erhöht sich dadurch von 2,9 Milliarden auf 3,2 Milliarden DM. Solche Meldungen dürfen aber nicht die enormen Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer verdecken: Allein 1975 erhält die Bundesrepublik Deutschland aus Entwicklungsländern 260 Millionen DM an Zinsen zurückgezahlt. Berücksichtigt man ferner, daß von den 1,2 Milliarden DM Kapitalhilfe, die die Bundesregierung bilateral an Entwicklungsländer leistet, nach aller Erfahrung rund 80 vH wieder in Form von Aufträgen an die deutsche Industrie zurückfließen, dann erhält man ein ungefähres Bild davon, wie sich wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mark und Pfennig zum gegenseitigen Nutzen aller Beteiligten auswirkt. Es kann deshalb nur begrüßt werden, daß die Bundesregierung jetzt auch bei ihrer Technischen Zusammenarbeit und bei der sogenannten Warenhilfe auf die Lieferbindung verzichtet. Wir haben es einfach nicht nötig, den Entwicklungsländern vorzuschreiben, wessen Know how sie für unser Geld am günstigsten einkaufen können.

Als ein besonderer Erfolg der deutschen Entwicklungshilfe ist die überproportionale Steigerung der Technischen Hilfe von 726 auf 807 Millionen DM hervorzuheben. Nachdem die Bundesregierung neue Grundsätze für die Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Kraft gesetzt hat, die sich stärker an dem in den Empfängerländern vorhandenen Leistungspotential orientieren, kann damit gerechnet werden, daß mit der zahlenmäßigen Steigerung eine noch größere qualitative Leistungssteigerung unserer Hilfe einhergeht. Die Technische Zusammenarbeit wird überdies in Zukunft, bedingt durch die Gründung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, rascher und wirksamer betrieben werden können.

Nachdem ernsatznehmende Auseinandersetzungen um die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung beendet sind, ist die Entwicklungspolitik in ihre entscheidende zweite Phase eingetreten, von Fachleuten

als "Operationalisierung der Konzeption" bezeichnet, also: konsequente Verwirklichung der gesteckten Ziele. Die Bundesregierung kann davon ausgehen, daß sie bei dieser Aufgabe die nötige parlamentarische Unterstützung erhält. Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird zunächst die neuen Vergabegrundsätze für die finanzielle Zusammenarbeit im Bereich der Kapitalhilfe beraten. Dabei muß sichergestellt werden, daß sich unsere Anstrengungen stärker an den Entwicklungsengpässen der Empfängerländer orientieren. Notwendig wird auch eine Überprüfung der Konditionen unserer finanziellen Zusammenarbeit sein mit dem Ziel, sie besser der wirtschaftlichen Lage der Empfängerländer anzupassen. Das Parlament erwartet auch einen verstärkten Einsatz von Entwicklungshilfemitteln zur Förderung der ländlichen Entwicklung, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern selbst zu steigern. Selbstverständlich muß das Schwergewicht unserer Hilfe weiterhin den "Least Developed Countries" sowie den von der Ernährungs- und Ölkrise besonders hart betroffenen Ländern gelten.

Zur konsequenten Fortentwicklung unserer erfolgreichen Entwicklungspolitik zählt auch die endgültige Verabschiedung von Grundsätzen über die Technische Zusammenarbeit gegen Entgelt, vor allem aber der Abschluß der Verhandlungen mit ausgewählten OPEC-Ländern mit dem Ziel, das dort angesammelte Kapital für rohstoffarme Entwicklungsländer durch gemeinsame Zusammenarbeit mit den Industrieländern nutzbar zu machen.

Der Haushalt 1975 bestätigt einmal mehr die Erkenntnis, daß sich langfristige Politik nicht von heute auf morgen durchsetzen läßt. Er ist aber auch ein sicherer Beweis dafür, daß eine derartige Politik von politischen Leichtgewichten und Mächtgegnern nicht aus den Angeln gehoben werden kann. (-/21.3.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller